Offenes Blatt
DIE LINKE. Schwerin
Juni 2010

Die Landeshauptstadt feierte ihr Jubiläum

Im letzten Jahr zur BUGA und dieses Jahr pünktlich zum Festwochenende der Landeshauptstadt schien die Sonne mit all ihrer Kraft. Sogar die Natur sagt »Dankeschön!« für das unzählige ehrenamtliche Engagement der Schweriner für die Stadt.



Die Oberbürgermeisterin mit der Stadtvertretung

850 JAHRE SCHWERIN

Durch die angespannte finanzielle Lage der Stadt wäre ein Festumzug ohne die vielen freiwilligen Helfer und deren finanzielle Unterstützung nicht möglich gewesen. Unsere Partei hatte auch im historischen Zug einige Bilder unterstützt. Die Stadtfraktion für das Bild »SC Traktor Schwerin«, der Kreisvorsitzende Stefan Schmidt für »Die DDR« und Helmut Holter für »Schwerin wird Großstadt«. R.J.



Das von der Stadtfraktion DIE LINKE unterstützte Bild »SC Traktor Schwerin«

2:0 für die Oberbürgermeisterin

Das Festwochenende ist vorbei. Über 200.000 Menschen waren in der schönsten Landeshauptstadt auf den Beinen. Ein Festumzug, der sein Ziel erreicht hatte, als die Letzten noch nicht einmal losgegangen waren, war die Krönung des Festwochenendes, eine gewonnen Stadtwette auf der erstmalig in Schwerin Halt machenden NDR-Sommertour. Ein Festwochenende mit der Begegnung der Jugendlichen unserer Partnerstädte.

Nicht zu vergessen, erstmalig ein Café mitten auf dem Pfaffenteich und viele andere, vielfältige interessante Angebote auf den Märkten und Plätzen der Stadt.

Das hatten viele nicht erwartet und mich hat es nicht gewundert, dass so manch ein Stadtvertreter zunächst nicht mit zum Festumzug wollte. Der Erfolg war so nicht geplant. Immer wieder hatte man der Oberbürgermeisterin das Haushaltsbudget für die 850-Jahr-Feier gekürzt. Da konnte man eigentlich nichts mehr draus machen.

Doch die Oberbürgermeisterin schaffte es. Das Wir-Gefühl, dass sie mit ins Amt brachte und das die BUGA festigte ist nun bewiesen worden. Unternehmer, Vereine Verbände, die Politik, viele beteiligten sich an der Finanzierung des Festumzuges. Alle? Nicht ganz alle. Die, die immer meckern und nörgeln wollen, die blieben zurück. Sie wurden durch die Schwerinerinnen und Schweriner eines Besseren belehrt.

Nach der BUGA nun dieses Festwochenende: aus meiner Sicht das 0:2 im Spiel der ewigen Meckerer, Nörgler und Schlechtredner unserer Stadt in der Auseinandersetzung mit unserer Oberbürgermeisterin. Ein Gewinn für Schwerin, denn unsere Stadt hat Lebensfreude, Optimismus und Stärke bewiesen.

Herzlichen Glückwunsch, Angelika! Herzlichen Glückwunsch, Schwerin!

Peter Brill

Das Wort zum Monat

Von Stefan Schmidt, Vorsitzender des Kreisvorstandes Schwerin der Partei DIE LINKE.



Ein Paket, das wir uns sparen können…

... schürte die Bundesregierung im vergangenen Monat. Vielleicht rührt ja daher die Bezeichnung »Sparpaket« für dieses Sammelsurium, das vor allem bei denen streicht, die ohnehin schon kaum noch etwas haben. Gegen diejenigen, die die derzeitige Krise auf den Finanzmärkten und damit auch in der weltweiten realen Wirtschaft verursacht haben, bleiben nur halbherzige Willensbekundungen, auf europäischer Ebene etwas tun zu wollen – und niemand weiß, wann und wie es zu einer solchen Regelung kommen soll. Diese Bundesregierung ist mit dem erklärten Ziel angetreten, der Wirtschaft zu Aufschwung und Stabilisierung zu verhelfen, indem Steuern und Lohnnebenkosten reduziert werden. Damit sollte der Binnenmarkt belebt werden, und nun streicht sie bei denen, die ohnehin jeden Cent, den sie besitzen, in den täglichen Konsum stecken müssen und die damit der stabilste Faktor unseres Binnenmarktes sind.

Damit gefährdet diese Regierung die leichte Stabilisierung der letzten Monate – nicht nur durch die Streichung an sich, sondern auch durch das Bedürfnis derjenigen, sich abzusichern, die derzeit noch die Möglichkeit haben, Geld für schlechte Zeiten bei Seite zu legen. Das ist vermutlich auch der Grund, warum sich sogar Industrie- und Wirtschaftsverbände gegen dieses Paket von Grausamkeiten aussprechen, denn es wird sicher nicht ihr soziales Gewissen sein, das sie plötzlich entdeckt haben, sie deshalb die soziale Unausgewogenheit erkennen lässt. Dieses Sparpaket gefährdet regionale Wirtschaftskreisläufe und damit die kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Diese Unternehmen, und nicht etwa die großen Konzerne, sind aber das Rückgrat unserer Wirtschaftskreisläufe. Die Zerstörung dieser Wirtschaftsstruktur würde uns der globalen Wirtschaftsentwicklung noch stärker ausliefern, als wir es heute schon sind.

Die Gewinne der real produzierenden Wirtschaft sind schon heute geringer, als die an den Börsen dieser Welt. Diese Gewinne müssen aber in der Realwirtschaft erzeugt werden, denn Geld – als Tauschwert – braucht einen realen Gegenwert. Wenn dieser nicht mehr vorhanden ist, kommt es entweder zu einer sehr starken Inflation oder zu einer »Finanzmarktkrise« die, wie 2008, mal eben ein paar Milliarden Euro verbrennt. Unter dem Vorwand, die kleinen Anleger und Sparer zu schützen, werden dann Milliarden in die Finanzunternehmen gepumpt, um diese am Leben zu halten. Die Ursachen für die Entstehung dieser Situation, die fehlenden Kontroll- und Schutzmechanismen, werden nicht beseitigt und wenige Wochen später ist alles beim Alten. Bänker zocken um die höchste Rendite und die Zeche müssen diejenigen zahlen, die schon vorher nichts hatten.

Aber der Protest, der sich zu regen beginnt, ist noch sehr klein. Dies mag auch daran liegen, dass sich viele im Moment mehr Gedanken um die Fussballergebnisse unserer Nationalmannschaft machen als um das Essen von morgen. Auch dies, so ist zu vermuten, wurde bei der Wahl des Termins zur Vorstellung der Regierungspläne einkalkuliert.

Doch in solchen Situationen gibt es auch Hoffnungsschimmer. Einige vernünftige gutbetuchte Menschen wenden sich an die Bundesregierung, weil sie sich mit einer Vermögenssteuer an der Finanzierung unseres Staates beteiligen wollen. Sie folgen dem Grundgesetz, in dem es heißt: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Und Ministern der Bundesregierung fällt dazu nicht mehr ein, als auf die Möglichkeit hinzuweisen, diese reichen Menschen könnten ihr Geld ja spenden. Damit macht sie einen großen Teil unserer Bevölkerung zu Empfängern von Almosen – der arme Mensch hat nicht mehr das Recht, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe selbst zu bestreiten, er ist nur noch vom guten Willen des reichen Menschen abhängig.

Die FDP sagt »Leistung soll sich wieder lohnen« und will insbesondere die Menschen mit höheren Einkommen von Abgaben entlasten. Aber sind dies tatsächlich die Leistungsträger unserer Gesellschaft? Wie viel Lohn bekommt ein Fabrikarbeiter, der die Gewinne an der Börse mit erwirtschaften muss? Diese Gewinne entspringen seiner Leistung, aber den Lohn dieser Leistung streichen die ein, die mit seinem Leistungspotential ein Pokerspiel betreiben. Dies hat mit leistungsgerechter Bezahlung nichts zu tun.

In dieses Bild passt auch der Umbau des Gesundheitssystems, den die Bundesregierung nun mit kleinen Schritten beginnen will. Mit dem vorgeschobenen Motto, jeder soll für die gleiche Leistung auch das gleiche zahlen, will man die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens nun vollkommen abschaffen. Dies kann am Ende nur auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die schon heute für Hungerlöhne arbeiten müssen. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem ist mit dieser Finanzierung nicht sicherzustellen. Wir brauchen eine Beteiligung aller Einkommen an der Finanzierung des Gesundheitswesens. Nur so kann dauerhaft ein hohes Niveau der gesundheitlichen Vorsorge sichergestellt werden. Die Belastung der unteren und mittleren Einkommen könnte damit deutlich reduziert werden. Auch steuerliche Zuschüsse für die Stabilisierung des Gesundheitssystems wären dann überflüssig. Dies wäre ein großer Beitrag, um auch den Binnenmarkt zu stärken und damit gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine positive Perspektive zu schaffen. Diese Perspektive heißt »solidarische Bürgerversicherung« und wir wollen nach der Sommerpause beginnen, für diese Perspektive zu streiten!



Politik und Kirche im Dialog

Gemeinsame Kritik am Sparpaket

Beim diesjährigen Sommerfest der katholischen Kirche forderte auch Erzbischof Werner Thissen Nachbesserungen bei den Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Thissen begrüßte zwar die Sparanstrengungen, er sei aber beunruhigt über die vorgestellten Maßnahmen, die das Leben von Menschen und Familien einschränken, die aufgrund von geringen Mitteln schon jetzt am gesellschaftlichen Leben kaum teilnehmen könnten. »Als Vertreter der Kirche muss ich leider feststellen: Sozial ausgewogen sind die bisherigen Vorschläge nicht. Wenn beim Elterngeld gestrichen werden sollte, dann eher bei den höheren Einkommen. Auch der Spitzensteuersatz kann heraufgesetzt werden, und viele Subventionen sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.« Ein Beweis, dass die permanente Kritik der Partei DIE LINKE. in vielen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen geteilt wird. **R.J..**

Kultur NEU denken

Im Zuge der Diskussion um das »Leitbild MV 2020+« der Landtagsfraktion der LINKEN findet am 3. 7. 2010 von 9.30Uhr bis 14 Uhr in Schwerin im Schleswig-Holstein-Haus in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die nächste Fachkonferenz statt. Im Zentrum soll die Diskussion über einen Zukunftsentwurf für die kulturelle Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern stehen. **R.J.**

Einige Überlegungen und Vorschläge zum Entwurf eines neuen Parteiprogramms

Anfang Juni diskutierte unsere Basisgruppe 103 Schwerin Weststadt auf einer Mitgliederversammlung den Entwurf. Das soll Abschnittsweise fortgesetzt werden.

Es wurde deutlich, dass es lohnt, sich mit dem Entwurf zu befassen und vor allem in der Basisgruppe Meinungen auszutauschen. Sichtbar wurde das in der Auseinandersetzung mit dem Sparprogramm der Regierung. So sollen wir zum Beispiel über unsere Verhältnisse gelebt haben. Die Analyse des Kapitalismus im Entwurf des neuen Parteiprogramms führt zu den eigentlichen Ursachen der Finanz- und Schuldenkrise. Seit Jahrzehnten haben die Regierenden – auch Rot-Grün – dafür gesorgt, dass der gesellschaftliche Reichtum von unten nach oben verteilt wird. Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher und die Schulden des Staates wachsen gigantisch. Die Rettungsprogramme für die Banken beschleunigten das. Allein in den letzten zwei Jahren wuchsen die Schulden um 180 Milliarden. Die Gewinne der Deutschen Bank stiegen 2009 um 20 Prozent. Auch das Sparprogramm ist ein Umverteilungsprogramm. Die Senkung der Ausgaben geht fast ausschließlich zu Lasten des ärmeren Teils der Bevölkerung. Das ist erst der Anfang. Mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse wird dieser Kurs zum alternativlosen Zwang erklärt. Der Programmentwurf dagegen zielt mit einer Reihe Vorschlägen auf eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

Einige konkrete Vorschläge und Überlegungen.

Unsere Unterstützung findet die im Abschnitt I formulierte Traditionslinie von linkssozialistischen Kräften über die differenzierte Wertung der DDR bis zu den Erfahrungen der Linken der alten BRD. Eine Ergänzung wird vorgeschlagen: »Die nach 1945 im Osten Deutschlands vollzogenen radikalen Veränderungen entsprachen den legitimen Interessen der Völker und basierten auf dem Völkerrecht«. Das wahrheitsgemäße differenzierte Herangehen an antikapitalistische Alternativen hat programmatische Bedeutung. Sie dürfen für taktische Überlegungen nicht in Frage gestellt werden. Das jüngste Beispiel ist die Diskussion über Gauck als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Unsere Versammlung begrüßte die Nominierung der Genossin Jochimsen durch unsere Partei. Die Überlegungen von Helmut Holter und Bodo Ramelow, in zweiten oder weiteren Wahlgängen in der Bundesversammlung Gauck zu wählen, ist für uns unverständlich. Das gilt vor allem für die Begründung von Helmut Holter, dass die Wahl von Gauck ein Zeichen unserer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wäre. Gauck steht bekanntermaßen für eine Verteufelung der DDR. Damit unterscheidet er sich auch von anderen Bürgerrechtlern. Die Erklärung von Gregor Gysi, dass in allen Wahlgängen nur unsere Kandidatin wählbar ist, entspricht unserer Auffassung.

Auch eine genaue Wertung der Vereinigung von SPD und KPD ist nötig. Sie vollzog sich nicht unter Druck, wie es im Entwurf formuliert wird, sondern **auch** unter Druck. Es war mehr Drang wie Zwang.

Die ungeschminkte Auseinandersetzung mit dem Finanzkapitalismus im Abschnitt II möchten wir nicht missen. Um die in der Diskussion geforderte Janusköpfigkeit des Kapitalismus deutlicher zu machen, sollten Wertungen aus dem Parteiprogramm der PDS übernommen werden. »Sozialistische Politik setzt in allen Widersprüchen des Kapitalismus an. Ihr Ziel ist es, die neuen Potenziale der Gesellschaft emanzipativ und solidarisch zu nutzen. Auch heute gilt die Feststellung von Marx, das in der bürgerlichen Gesellschaft jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger geht«. Ein weiterer Vorschlag wäre: »Die individuellen und kollektiven Grundrechte, parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie kommunale Selbstverwaltung sind für die PDS unverzichtbare Errungenschaften zurückliegender Kämpfe um die Gleichberechtigung aller.«

Im Abschnitt III wird hinter dem Satz, dass die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative weltweit besteht, nur auf Lateinamerika eingegangen. Die bedeutende Entwicklung Chinas fehlt. Unser Vorschlag: »Chinas Entwicklung ist äußerst widersprüchlich. Seit Anfang dieses Jahrhunderts befindet sich das Land in einer Entwicklungsphase, die dem Sozialismus vorausgeht. Diese Entwicklung ist offen. Unser Verhältnis zu China ist eine kritische Solidarität«.

Im Abschnitt IV vermissen wir ein Reformprojekt zur Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Es geht um bäuerliche Existenzen, Nahrungsgüter, Umwelt und das Leben in den Dörfern. So ein Reformprojekt könnte auch die Verankerung unserer Partei auf dem Lande fördern.

In Abschnitt V wird von einem Kartell neoliberaler Parteien ausgegangen. Diese Wertung ist uns zu undifferenziert. Zur Zeit wachsen gute Ansätze für eine Widerstandsfront gegen das Sparpaket. Die Regierungskoalition befindet sich in einer tiefen Krise. Die Breite des parlamentarischen und vor allem des außerparlamentarischen Widerstands wird wesentlich von einem Zusammengehen unserer Partei mit SPD, Grünen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen abhängen. In der SPD wachsen die Kräfte – zum Beispiel unter den Jungsozialisten –, die für eine konsequente Abkehr von der liberalen Politik ihrer Partei eintreten. Sicher ein langfristiges Ringen. Auch die Erfahrung in NRW machen deutlich: Ohne ein Zusammengehen mit den Linken ist eine Wende in der Politik nicht durchsetzbar. Überlegungen in diese Richtung sollten in den Entwurf aufgenommen werden.

Eine mögliche Regierungsbeteiligung wird im Entwurf von entsprechenden Rahmenbedingungen und der jeweiligen Situation abhängig gemacht. Es geht um rote Linien. Wir stellten bereits zur Diskussion, dass die Einhaltung von programmatischen Forderungen auch auf Landesebene notwendig sind. Nachgeben, wo es sinnvoll und nützlich ist, ohne seine Prinzipien aufzugeben. Das Entscheidende ist, dass etwas für die Menschen herauskommt.

Schwerin, den 20. 6. 2010
i.A. **Hans Wandt**

KOMMENTAR

Wer lebt denn hier über seine Verhältnisse?

Von STEPHAN UEBERBACH, SWR, ARD-Hauptstadtstudio

Liebe Bundesregierung, sehr geehrte Frau Merkel, wen meinen Sie eigentlich, wenn Sie sagen, wir hätten jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt?

Ich jedenfalls habe das nämlich ganz sicher nicht getan. Ich gebe nur das Geld aus, das ich habe. Ich zahle Steuern, bin gesetzlich krankenversichert und sorge privat für das Alter vor. Ich habe mich durch Ihre Abwrackprämie nicht dazu verlocken lassen, einen überflüssigen Neuwagen zu kaufen, ich bin kein Hotelier und kein Milchbauer. Und »Freibier für alle« habe ich auch noch nie verlangt.

Wer war wirklich maßlos?

Meinen Sie vielleicht die Arbeitslosen und Hartz-IV-Bezieher, bei denen jetzt gekürzt werden soll? Meinen Sie die Zeit- und Leiharbeiter, die nicht wissen, wie lange sie ihren Job noch haben? Oder meinen Sie die Normalverdiener, denen immer weniger Netto vom Brutto übrigbleibt? Haben die etwa alle »über ihre Verhältnisse« gelebt?

Nein, maßlos waren und sind ganz andere: Zum Beispiel die Banken, die erst mit hochriskanten Geschäften Kasse machen, dann Milliarden in den Sand setzen, sich vom Steuerzahler retten lassen und nun einfach weiterzocken als ob nichts gewesen wäre.

Mehr Beispiele gefällig?

Zum Beispiel ein beleidigter Bundespräsident, der es sich leisten kann Knall auf Fall seinen Posten einfach hinzuwerfen – sein Gehalt läuft ja bis zum Lebensende weiter, Dienstwagen, Büro und Sekretärin inklusive.

Zum Beispiel die Politik, die unfassbare Schuldenberge aufhäuft und dann in Sonntagsreden über »Generationengerechtigkeit« schwadroniert. Die von millionenteuren Stadtschlössern träumt und zulässt, dass es in Schulen und Kindergärten reinregnet. Die in guten Zeiten Geld verpulvert und in der Krise dann den Gürtel plötzlich enger schnallen will, aber immer nur bei den anderen und nie bei sich selbst.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, nicht die Menschen, sondern der Staat hat dank Ihrer tätigen Mithilfe möglicherweise über seine Verhältnisse gelebt. Ganz sicher aber wird er unter seinen Möglichkeiten regiert.

Mit - verhältnismäßig -
freundlichen Grüßen,
Ihr Stephan Ueberbach

4,45 Millionen Arbeitslose

Zeit zu handeln statt zu tricksen

Schlechte Meldungen kann auch die neue Regierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie wie die alte dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt.
Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik.
Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu:
Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen.
Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni 2009 in der Fernsehsendung Panorama: »Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann.« Wer anders rechnen wolle, könne ja »seine Zahl veröffentlichen – und dazu ein Flugblatt drucken.« Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Mai 2010 sind 4,45 Millionen Menschen arbeitslos.
Zeit zu handeln statt zu tricksen.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Mai 2010	**4.451.136**
Offizielle Arbeitslosigkeit	**3.241.529**
Nicht gezählte Arbeitslose	**1.209.607**
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II	circa 350.000
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III)	1.192
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	303.697
Berufliche Weiterbildung	214.548
Eignungsfeststellungs- u. Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining)	1.565
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	252.649
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	38.827
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3.227
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	43.902

Quellen: **Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Mai 2010, Seite 67.** Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls aufgeführten älteren Arbeitslosen, die gemäß § 53a Abs. 2 SGB II nicht als arbeitslos zählen, sind enthalten in der ersten Gruppe der Tabelle (Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II). Diese große Gruppe der älteren ALG II-Bezieher, die nicht als arbeitslos gelten, ist nicht im Monatsbericht ausgewiesen, sondern in einer **Sonderpublikation der Bundesagentur für Arbeit: Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende April 2010, Seite 17.** Die genaue Zahl für diese Gruppe wird jeweils mit viermonatiger Verzögerung publiziert.

Mai 2010: 8.999 Arbeitslose in Schwerin

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Mai 2010	**8.999**
Offizielle Arbeitslosigkeit	**6.376**
Nicht gezählte Arbeitslose	**2.623**
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II (§ 53a SGB II)	247
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III)	3
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	1.066
Berufliche Weiterbildung	899
Eignungsfeststellungs- u. Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining)	0
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	284
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	74
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	57

Ideen für Industriepark Schwerin gehen in die richtige Richtung

Präsentation des neuen Konzeptes für einen Industriepark Schwerin (früher »Göhrener Tannen«)

Das Ansinnen, durch eine Konzentration auf Kompetenzfelder mit regionalem Bezug neue Investoren für die Ansiedlung in der Landeshauptstadt zu gewinnen, zeigt in die richtige Richtung. Neben der bestmöglichen Vermarktung bekannter Standortfaktoren, wie landschaftlichem Reiz, kulturellem Angebot und guter Infrastruktur müssen dringend auch zu Schwerin passende Industrieansiedlungen treten.

Auf das Kompetenzfeld Verkehr zu setzen, erscheint aufgrund des Vorhandenseins eines profilierten Zulieferers für die Luftfahrtindustrie sinnvoll. Hier gibt es sicherlich Potentiale für die Gewinnung weiterer Investoren. Interessant ist der Ansatz für das Kompetenzfeld Verpackung. In der Hoffnung, dass auch die Verpackungsmittel herstellende Industrie vor dem Hintergrund der klimatischen Veränderungen stärker auf nachwachsende Rohstoffe setzt, bietet sich Schwerin als Standort umgeben von landwirtschaftlichen Strukturen in Westmecklenburg und Nordbrandenburg als Standort für neue Investoren an. Und auch das dritte Kompetenzfeld, die Nahrungsmittelindustrie bietet aufgrund der positiven Entwicklung dieser Branche in den vergangenen Jahren und der im Land vorhandenen, potentiellen Partner Entwicklungschancen.
Jetzt muss es darum gehen, die guten Ideen auch zu tatsächlichen Ansiedlungen zu führen. Das wirksamste Mittel gegen die Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Fachkräfte sei die Chance im Umfeld der Landeshauptstadt einen qualitativ hochwertigen, interessanten Arbeitsplatz zu finden. Ein gut bestückter Industriepark Schwerin als Qualitätsstandort zwischen den Metropolen Berlin und Hamburg, mit guter Anbindung an Autobahn und Schienennetz, wäre auch aus diesem Grund ein wichtiger Schritt.

Henning Foerster,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Stadtfraktion DIE LINKE.



Bertha-Klingberg-Denkmal feierlich eingeweiht

Auf dem Bertha-Kingberg-Platz, dem ehemaligen Haupteingang der Bundesgartenschau, wurde ein Denkmal zu Ehren der Schweriner Blumenfrau eingeweiht.
Ulrich Kempf, Vorsitzender des zur BUGA gegründeten Fördervereins, dankte den Schwerinern: »Am wichtigsten war natürlich die Unterstützung durch die Schweriner selbst, die als Privatpersonen oder Firmen für das Denkmal gespendet haben.«
Ein Großteil des Geldes kam durch den Verkauf der 8.000 Rosenstöcke aus dem BUGA-Rosengarten zusammen.
Begeistert vom Werk des Bildhauers Bernd Streiter zeigte sich Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow. »Bertha Klingberg liebte die Blumen und Schwerin. Es gibt keinen besseren Platz, um an unsere Ehrenbürgerin zu erinnern.«

R.J.

AUFKLÄRUNG tut not!

VVN-Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« in Grevesmühlen eröffnet



Von Dr. AXEL HOLZ

Gegen Widerstand innerhalb der CDU-Fraktion wurde am 14. Juni die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« in der Grevesmühlener »Malzfabrik« eröffnet, dem Sitz der Kreisverwaltung. Die Ausstellung wird von der VVN-BdA und der Gewerkschaft ver.di Nord gemeinsam herausgegeben.
Der Initiative des Vereins KUSO e.V. im Dorf Gägelow, der sich gegen zunehmende Aktivitäten der Neonazis richtet, der VVN-BdA und der Landrätin Birgit Hesse ist es zu verdanken, dass die VVN-Ausstellung im Rahmen eines »Fachtages gegen Rechtsextremismus« eröffnet wurde. Sie soll dort für zwei Wochen zu sehen sein und richtet sich vor allem an Schüler und Jugendliche. Schulen und Jugendeinrichtungen waren auch die Zielgruppe der Einladung des Fachtages, dem neben Finanzministerin Heike Polzin, SPD-Fraktionschef Dr. Norbert Nieszery und Linken-Abgeordneten Wolfgang Methling sowie regionalen Politikern auch Sozialarbeiter, Schulleiter und Lehrer aus dem Landkreis gefolgt waren.
Die Veranstaltung war auch eine Antwort auf 24 Überfälle von Neonazis auf Parteibüros und Wahlkreisbüros mittlerweile aller demokratischen Parteien des Landtages sowie auf Vertreter des Staates innerhalb weniger Monate.
SPD-Fraktionschef Niszery sprach im Vorfeld in der regionalen Presse vom Anfang eines Terrors. Der Fachtag wurde mit einem Grußwort des DGB-Vizes im Bezirk Nord, Dr. Ingo Schlüter, eröffnet, der sich im Vorfeld für die Realiserung des Fachtages und die Eröffnung der Neofa-Ausstellung der VVN eingesetzt hatte.
Durch Störmanöver eines einzelnen CDU-Abgeordneten sollte die Initiative der VVN-BdA im Vorfeld verunglimpft und mit pauschalen Unterstellungen diskreditiert werden. Die CDU des Kreistages musste sich den Vorwurf gefallen lassen, die undemokratischen Angriffe gegen die VVN durch diverse mails und Twitter-Meldungen mitgetragen zu haben, ohne eine offene Aussprache über die offensichtlich bestehenden Meinungsunterschiede im demokratischen Diskurs angestrebt zu haben. Unterstellt wurde der VVN etwa, Politiker und Parteien in die rechtsxtreme Ecke zu stellen bzw. konservative Stiftungen und Burschenhaften mit Rechtsextremen in Verbindung zu bringen.
Während der VVN-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern Dr. Axel Holz den Fokus auf die Kritik an den tasächlichen, diskriminierenden Äußerungen einiger Politiker und Medien im Rahmen der Neofa-Ausstellung legte, konnte die Nähe einiger Burschenschaften und Stiftungen zu Neonazis oder deren Themen stichhaltig belegt werden.
Eröffnet wurde die Ausstellung mit einem Beitrag von Susanne Theilmann vom Regionalzentrum Westmecklenburg der RAA Mecklenburg-Vorpommern, eines der fünf Regionalzentren für demokratische Kultur im Nordosten Deutschlands. Ziel des Fachtages war es, vor allem Jugendliche und Schüler in die Aktivitäten gegen Neonazis mit kreativen und aktivierenden Angeboten in Initiativen gegen Neonazis, für Toleranz und Demokratie direkt einzubeziehen. Dazu boten die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«, das Projekt STOLPERSTEIN in Schwerin, vorgestellt von Sabine Klemm, und die Initiative »Schule ohne Rassismus« besondere Gelegenheit. Tatsächlich konnte die Neofa-Ausstellung gleich nach der Veranstaltung in Grevesmühlen an das Stadthaus in der Kleinstadt Gadebusch weiter vermittelt werden. Auch erste Besuchstermine von Schulklassen zur VVN-Ausstellung im Landratsamt Grevesmühlen wurden mit fachkundiger Begleitung vermittelt.
Im Herbst wird die VVN-Ausstellung zudem in der Jugend-Bildungsstätte im Engelschen Hof in Röbel zu sehen sein. Gespräche über die Vermittlung der Neofa-Ausstellung in das Rostocker Peter-Weiss-Haus laufen bereits.

Stasi-Jäger

Gauck – unser aller Präsident?

Der Pfarrer Joachim Gauck, einst Leiter der BStU-Behörde, führte im Juni 2009 wortwörtlich aus:
»Wir können nicht zulassen, dass die sozialistischen Globkes in ihren Ämtern und Positionen in Staat und Gesellschaft bleiben.«
Dazu der Antifaschist Hans Canjé: »Zur Erinnerung für Jüngere: Hans Maria Globke war Oberregierungsrat in Hitlers Reichsinnenministerium, Koreferent für Judenfragen. Er war Mitautor und Kommentator der Nürnberger Gesetze, die unauslöschlich in die Geschichte des planmäßigen Mordes an den europäischen Juden und Sinti und Roma eingegangen sind. ›Reichsbürger ist nur der Staatsbürger, der artverwandten Blutes ist‹, schrieb er im Kommentar zum ›Reichsbürgergesetz‹ von 1935 und sprach Klartext: ›Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeuner.‹ Aus seiner Feder floss dieser Unrat: ›Die Juden müssen sich damit abfinden, dass ihr Einfluss auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für allemal vorbei ist.‹ Und auch dies: ›Der Jude ist uns völlig fremd nach Blut und Wesen. Deshalb ist die Dissimilation (Ausstoßung, Umwandlung – d. Verf.) die einzig mögliche Lösung.‹« Soweit Hans Canjé im Neuen Deutschland vom 6./7. Juni 2009. in der Entgegnung auf Gaucks Ungeheuerlichkeit.
Und Hans Canjé weiter: »Gauck, Jahrgang 1940, studierter Theologe, Jugend- und Studentenpfarrer plappert nicht unbedacht von ›sozialistischen Globkes‹.
Hier wurde – in voller Kenntnis der Vergangenheit – kalkuliert ein vergifteter Pfeil aus dem Köcher gezogen, um das faschistische Mordregime in den Jahren 1933 bis 1945 auf eine Stufe mit der DDR zu stellen.
Dies von einem Mann, der Vorsitzender des Vereins ›Für Demokratie – Gegen Vergessen‹ ist, der sich laut Satzung die ›Aufarbeitung und Bewahrung des Vermächtnisses des Widerstandes gegen die Nazi-Diktatur‹, der Aufklärung über das NS-Regime und seiner Strukturen verpflichtet sieht. Im Ringen um die Krone der perfidesten Deutung der ›ehemaligen DDR‹ hat Gauck im Olymp der Totalitarismusdoktrinäre seinen Platz erworben. Der Verein sollte sich um seiner Glaubwürdigkeit willen schleunigst von diesem Mann trennen.‹

Nein der LINKEN zu Gauck - eine verpasste Chance?

In ihrer Kolumne in der »SUPERillu« (17.6.2010) begründet Gesine Lötzsch, warum Joachim Gauck für die LINKEN nicht akzeptabel und Luc Jochimsen in jedem Fall die bessere Wahl ist.

Ist Joachim Gauck ein Kandidat der Opposition? Nein, von einem Kandidaten der Opposition erwartet ich klare Positionen zu unwürdigen Niedriglöhnen, zu Rentenkürzungen und zum Krieg in Afghanistan. Ich habe Joachim Gauck nie auf einer Anti-Hartz-IV- oder auf einer Friedensdemonstration gesehen. Ich habe von ihm noch nie ein kritisches Wort zur längst überfälligen Angleichung der Ost- an die West-Renten gehört.
Ist Joachim Gauck ein Versöhner? Nein, er hat Menschen willkürlich in Opfer und Täter eingeteilt. Eine Köchin des MfS wurde aus dem öffentlichen Dienst gekündigt (Täterin?) und 72 MfS-Mitarbeiter (Opfer?) wurden von Herrn Gauck unbefristet in seiner Behörde eingestellt. Der einstige hessische SPD-Innenminister Horst Winterstein sprach vom »evangelischen Großinquisitor«, der eine »öffentliche Treibjagd« auf unbequeme Leute veranstaltete.
Ist Joachim Gauck ein Konservativer? Nein, konservativ heißt erhaltend bzw. bewahrend. Für ihn gab es nichts, was aus DDR-Zeiten bewahrenswert gewesen wäre. Selbst konservative Politiker haben erkannt, dass Polikliniken, Kindergärten und Polytechnische Oberschulen sinnvolle Einrichtungen waren.
Hat Joachim Gauck Antworten auf die Fragen der Menschen? Nein, Horst Köhler war beliebt, weil er vielen Menschen aus dem Herzen sprach, wie z.B. mit seiner Bemerkung, dass die Finanzmärkte sich zu Monstern entwickelt haben. Joachim Gauck spricht immer nur aus seinem eigenen Herzen. Er hat ein unkritisches Verhältnis zum Kapitalismus und kann nicht verstehen, dass viele Menschen Angst vor entfesselten Finanzmärkten und Arbeitslosigkeit haben.
Warum sind alle anderen Parteien für Herrn Gauck? Weil es viel einfacher ist, über die DDR-Vergangenheit zu reden als über die eigene Verantwortung für Krieg, Hartz IV, Armut und Zwei-Klassenmedizin.
Joachim Gauck ist ein Mann der Vergangenheit, der keine Antworten auf die aktuell drängenden Probleme der Menschen hat. Er ist deshalb für uns nicht wählbar.
Fünf Millionen Menschen haben unsere Partei gewählt, weil sie wissen, dass wir für eine soziale und gerechte Gesellschaft kämpfen. Dafür steht unsere Kandidatin Luc Jochimsen.

Gute Stimmung beim Stadtteilfest in Lankow

Am Sonnabend, dem 12. Juni, war Stadtteilfest in Lankow. Das Wetter wurde wie es alle erhofft hatten; es regnete nicht und so war die gute Stimmung gesichert, nicht zuletzt durch ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm, das die Vielfalt des Lankower Stadtteils deutlich machte. Auch DIE LINKE. Schwerin war dabei. Bei Gesprächen am Infostand oder beim Rundgang über den Platz waren die Bildungspolitik, die angespannte Haushaltssituation in Schwerin und natürlich das unsoziale Sparpaket der Bundesregierung die Themen des Tages. Für die Jüngeren – aber durchaus auch die Älteren – konnte bei der LINKEN. Schwerin mit Tangram gepuzzelt werden. Mit dabei der Kreisvorsitzende Stefan Schmidt sowie Moritz Riebe und Peter Brill, der das Angebot des Spielebusses unbedingt praktisch testen musste.



Peter Brill beim praktischen Versuch. Links: Unser Infostand



Na, aber immerhin hat MV doch den dritten Platz im Fußball belegt.

PFINGSTEN mit den LINKEN

Vom 21. bis 24. Mai fand das diesjährige »Pfingsten mit den LINKEN« statt. Am Werbellinsee fanden Genossen und Sympathisanten viele Gelegenheiten, sich bei Politiktalkrunden und in persönlichen Diskussionen mit Akteuren aus allen Ebenen der Partei DIE LINKE. und ihrer Politik (anwesend waren Bundestags- und Landtagsabgeordnete) ins Gespräch zu kommen. Auch untereinander wurden Erfahrungen und Wünsche ausgetauscht. Selbstverständlich kam das Vergnügen nicht zu kurz. Bei Sport, Tanz und Sonnenschein wurde das miteinander genossen. Die Kultur wird in unserer Partei groß geschrieben, viele Buchlesungen rundeten darum das Programm ab. **R.J.**

Gespräch mit der Stadtteilorganisation Weststadt

Am 26. Mai 2010 besuchte Helmut Holter die Stadtteilorganisation Weststadt. In einer gut besuchten Runde wurde der Bundesparteitag in Rostock ausgewertet und einen Blick in die Zukunft der Partei DIE LINKE. gewagt. Die erfolgreiche Landtagswahl in NRW war auch ein Grund über den Wahlkampf für die 2011 anstehende Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zu reden. **R.J.**



STOLPERSTEIN – ein Film von Dörte Franke

Über 20.000 Stolpersteine hat der Künstler Gunter Demnig vor den Wohnhäusern einst deportierter Nazi-Opfer verlegt. Ein Dokumentarfilm begleitet ihn im kontroversen Dialog um das Projekt, das mittlerweile eine Bürgerbewegung ausgelöst hat.

Der Dokumentarfilm »Stolperstein« von Dörte Franke zeigt die Hintergründe des Projektes auf und bringt uns den Künstler Gunter Demnig näher. Er trägt dazu bei, den Umgang mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte und dessen Auswirkung auf die nachfolgenden Generationen wach zu halten. Demnig glaubt aus eigerner Erfahrung im tabuisierten Umgang seiner Elterngenration mit dem Holocaust, dass wir den Opfern der Nazi-Tyrannei etwa schuldig sind. Denen, die unter dem Nazi-Regime in den Konzentrationslagern nur eine Nummer waren, will er an deren letzten Wohnort ihren Namen zurückgeben. Dazu wurden bereits in Deutschland, Österereich und Italien Tausende Stolpersteine verlegt. Anfragen aus zahlreichen anderen europäischen Ländern liegen vor. Das Bedürfnis, die Opfer des Faschismus gleichsam aller Opfergruppen angemessen und nachhaltig zu würdigen reicht von 3.000 realisierten Stolpersteinen in Hamburg bis hin zu kleinen Orten in der Provinz. Die im Film geäußerte Meinung, dass das Problem der neuen Nazis vor allem ein ostdeutsches sei , wiederlegt der Film eindrücklich. Zwar ist der Polizeischutz bei Stolpersteinverlegungen im Osten Deutschlands die Regel, aber mittlerweile gibt es in Mecklenburg-Vorpommern mehr Stolpersteine als in Bayern. Auch die Versagung einer Genehmigung zur Stolpersteinverlegung in München und die fragwürdige Haltung öffentlicher Vertrtetern dazu thematisiert Dörte Franke und setzt ihnen die Meinung der Opferfamilien entgegen. Den Neofaschisten sind die Stolpersteine ein Dorn im Auge. In Halle wurden acht Steine entwendet. Ein findiger Hallenser versah die Stellen mit der Aufschrift: »An dieser Stelle lagen Stolpersteine von Gunter Demnig und werden bald wieder dort liegen«. Mit einem Benefiz-Konzert sammelten engagierte Musiker das Geld für die fehlenden Steine und sechzehn weitere. In Rotenburg an der Wümme treffen sich seit der Stolpersteinverlegung die Familien der Opfer regelmäßig. Solche Meldungen sind es, die Gunter Demnig zum Weitermachen ermutigen. **Axel Holz**

»Stolperstein« – Ein Film von Dörte Franke. 2007. 76 Min. www.stolperstein.com. Lizensieung von Aufführungen über den Kontakt Film Kino Text Jürgen Lütz e.K. 0228 420767

Erinnerung und Mahnung

Von JOACHIM AUST

Am 27. Mai 2010 informierte die ARD-Sendung »Kontraste« darüber, dass die in der Zeit der Nazidiktatur Zwangssterilisierten bis heute immer noch nicht den anderen Opfern der NS-Rassenlehre und -verfolgung, wie z.B. den davon betroffenen jüdischen Menschen (u.a. bez. ihrer Rentenansprüche als Verfolgte des NS-Regimes), gleichgestellt worden sind.

Das Verlangen nach Gerechtigkeit und Anstand in der Politik führen uns dazu, erneut unsere Stimme zu erheben und die – notwendige – Änderung der Situation der wenigen noch lebenden unter diesen Opfern der Nazi-Diktatur zu fordern.

Verbinden wollen wir dies mit der Erinnerung an das Leid, das der deutsche Faschismus diesen Menschen zufügte:

Am 14. Juli 1933 schufen die Nazis das »Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses«, das am 1. Januar 1934 in Kraft trat und am 18. Oktober 1935 ergänzt wurde durch das »Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes« – Erb- bzw. »Ehegesundheitsgesetz«: Bei gerichtlich festgestellter Erbkrankheit – von den Nazis als »Entartung am Volkskörper« bezeichnet – durch die »Erbgesundheitsgerichte« sollte bei den Betreffenden die Zwangssterilisation durchgeführt werden. Sterilisationsgründe waren Geisteskrankheit, Epilepsie, erbliche Blindheit, erblich bedingte Gehörlosigkeit und schwere, erblich bedingte, körperliche Missbildung. Gründe für die Zwangssterilisation konnten ebenfalls »schwerer Alkoholismus«, aber auch »sexuelle Ausschweifungen« sein.

Dagegen gab es in Deutschland vonseiten der Gegner des Faschismus – trotz des Terrors – entschiedenen Widerstand. So nahmen am 14. Januar 1934 in einem in allen katholischen Kirchen verlesenen Hirtenbrief die deutschen katholischen Bischöfe gegen das Gesetz Stellung. Sie bezeichneten es als im Gegensatz zur christlichen Lehre und forderten die Gläubiger dazu auf, weder sich selbst sterilisieren zu lassen, noch die Sterilisation für einen anderen zu beantragen.

Darauf reagierten die NS-Führer am 13. September 1934 in einem vertraulichen Schreiben des »Reichsärzteführers« Wagner an alle Gauamtsleiter des »Amtes für Volksgesundheit« und alle Amtsleiter der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands. Er forderte darin den Schwangerschaftsabbruch bei allen erbkranken Frauen und allen Schwangeren, die von einem erbkranken Mann ein Kind erwarteten. Der Abbruch erfolgte zwangsweise und ohne gesetzliche Grundlage. Die Genehmigung für die Schwangerschaftsunterbrechung erteilte (auch nachträglich!) das »Amt für Volkswohlfahrt der Reichsleitung der NSDAP«, an das solche Fälle zu melden waren. Darüber informierte Wagner in einem weiteren Schreiben vom gleichen Tage das Reichsinnenministerium. Er berief sich dabei auf den »Führer« als »den obersten Gerichtsherrn«, der die Straffreiheit für jeden Arzt, der einen solchen Abbruch durchführte, garantierte.

Vor 75 Jahren, am 26. Juni 1935 verfügte die Hitlerregierung das »Änderungsgesetz zum Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«. Mit ihm wurden die bisher ohne Gesetz erfolgten Schwangerschaftsabbrüche bei erbkranken Müttern nun formal »legalisiert«. Die Erbkrankheit war jeweils durch ein »Erbgesundheitsgericht« bzw. »Erbgesundheitsobergericht« festzustellen. Auch diese Erbkranken wurden nachfolgend zwangsweise sterilisiert.

Allein bis 1. September 1939 wurden über 300.000 Menschen zwangsweise sterilisiert, von denen, wegen der Art der Durchführung des Eingriffs, viele starben.

Dabei: Dass die SS die Konzentrationslager als rechtsfreien Raum ansah, wurde auch im Zusammenhang mit den Sterilisationsverbrechen deutlich: Als 1938 ein Häftling des KZ Sachsenhausen ein für ihn positives Urteil eines Erbgesundheitsgerichts erreichte, wurde ihm dieses nicht ausgehändigt und er dennoch vom Lagerarzt sterilisiert.

Von den Sterilisationsverbrechen führte der direkte Weg zu den Euthanasie-Morden der Nazis mit ihren über 100.000 Opfern. Sie begannen im Frühjahr 1939 mit der »Kinder-Euthanasie«: Im Anschluss an die von Hitler, auf Antrag des Vaters, genehmigte Tötung eines missgebildeten und blinden Kindes in der Universitätsklinik Leipzig, für die es wiederum keine gesetzliche Grundlage gab, wurden, unter Verantwortung des Chefs der »Kanzlei des Führers der NSDAP«, des Reichsleiters Philipp Bouhler, und Hitlers Begleitarzt, Dr. med. Karl Brandt, die »missgebildeten« und »idiotischen« Kinder ermordet. Dem folgten – wiederum nur auf Befehl Hitlers - , ab September 1939, die Euthanasiemorde an Jugendlichen und Erwachsenen, von den Nazis als »Vernichtung lebensunwerten Lebens« bezeichnet, von Hitler die Tötung »nutzloser Esser« genannt. Diese Verbrechen bezeichneten die Nazis als »Erbhygiene«. Sie waren Bestandteil ihrer Rassenlehre – und Politik, was neben Hitler in »Mein Kampf« und Rosenberg in »Der Mythus des 20. Jahrhunderts« auch andere, wie der NS-Jurist F. A. Medicus in den »Schriften zum Staatsaufbau«, herausgegeben von der Goebbelschen »Hochschule für Politik«, veröffentlichten: »Die Sorge um die Bestandserhaltung und insbesondere die mehr und mehr zu Bedenken Anlass gebende Verschlechterung des Erbguts des deutschen Volkes gab Veranlassung, bereits im Juli 1933 das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« zu verabschieden, durch das eine allmähliche Reinigung des Volkskörpers und eine Ausmerzung von krankhaften Erbanlagen gewährleistet ist.

Den drei vom Reichstag gelegentlich des Reichsparteitages der Freiheit beschlossenen »Nürnberger Gesetzen« liegen die Ausarbeitungen des RMdI. zugrunde: Sowohl das »Reichsbürgergesetz« wie das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz)« eröffneten für den RMdI. umfangreiche neue Aufgaben nicht nur auf dem Gebiet der Rechtsetzung, sondern auch auf dem der Verwaltung...

In der Zeit zwischen dem Erlass des »Blutschutzgesetzes« und der Ersten Ausführungsverordnung hierzu erging (am 18. Oktober 1935) auf Vorlage des RMdI. das »Ehegesundheitsgesetz«; seine Ausführung an dieser Stelle liegt deshalb nahe, weil es gewissermaßen das rassebiologische Ziel verfolgende »Blutschutzgesetz« nach der erbhygienischen Seite ergänzt.« (so zitiert in den Dokumentenbänden des Nürnberger IMT, Bd. 31, S. 401)

Angesichts der bekannten Äußerungen der Nazi-Führer und ihrer Mittäter ist die Verweigerung der Gleichstellung dieser Opfer mit anderen von den Nazis rassisch Verfolgten - unter Berufung auf, wie »Kontraste« berichtete, ein Urteil aus den 50er Jahren unverständlich und bedarf dringend der Korrektur!

Dabei treten wir aber auch den Versuchen zur Wiederbelebung der NS-Rassentheorie durch die neuen Nazis entgegen, wie denen des Fraktionschefs der NPD, Pastörs, von dem – und das ist nur ein Beispiel für weitere rassistische Ausfälle von ihm und seinen »Kameraden« – die folgende Äußerung vom 31. Januar 2007 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern stammt: Nach: »Jedem das Seine, auch wenn es Ihnen nicht gefällt.« führte er aus: »Ich will noch ein Beispiel für Ihre verfehlten Ansätze geben. Sie sprechen von der Unterstützung benachteiligter Menschen - schön und gut. Aber eines fehlt in ihrem Gedankenkonstrukt: Unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten. Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen. Das ist keine Selektion, sondern einfache Logik...«

Gegen diesen Ungeist aufzustehen, ist und bleibt unsere Pflicht.

Weiterhin gilt die Losung der von der NS-Diktatur Befreiten, die Losung aller Widerstandskämpfer, aller Antifaschisten:

Auschwitz, Treblinka, Buchenwald ... – Nichts ist vergeben!
Nichts ist vergessen!



Das »Euthanasie«-Programm beaufsichtigten neben Reichsleiter Bouhler Hitlers Leibarzt Prof. Brandt (rechts) und Dr. Conti (links)

Sie nannten es Desinfektion

Aufstellung über die Vernichtung Geisteskranker. Aufgefunden im Schloss Hartheim (Auszug):

Bis zum 1. September 1941 wurden desinfiziert: Personen: 70.273. Diese Zahl
1. verteilt auf die einzelnen Anstalten für die Jahre 1940 und 1941 ergibt folgende Aufstellung:

Anstalt	1940	1941	Sa
Grafeneck	9.839	–	9.839
Brandenburg	9.772	–	9.772
Bernburg	–	8.601	8.601
Hartheim	9.670	8.599	18.269
Sonnenstein	5.943	7.777	13.720
Hadamar	–	10.072	10.072
	35.224	35.049	70.273

Bei einem durchschnittlichen Tagessatz von RM 3,50 ergibt sich hierdurch:

1. eine tägl. Ersparnis von	RM	245.955,50
2. eine jährl. Ersparnis von	RM	88.543.980,00
3. bei einer Lebenserwartung von 10 Jahren	RM	885.439.800,00

d. h. diese Summe wird bzw. ist bis zum 1. September 1941 auf Grund der bisher durchgeführten Desinfektion von 70.273 Personen erspart worden.

Aus: Heinz Bergschicker »Deutsche Chronik 1933-1945«

Ein Leserbrief ...

Wem nutzen die Argumente?

Peter Ritter schreibt in einem Leserbrief im »Neuen Deutschland« über den Rostocker Parteitag: Es haben in der Auseinandersetzung der unterschiedlichen Auffassungen zur politischen Ausrichtung der Partei »nicht vordergründig die besseren Argumente gezählt, sondern eher die konsequenteren Strippenzieher hinter den Kulissen.«
Wer meint, dass so gut einschätzen zu können, muss sich im Strippenziehen scheinbar bestens auskennen. Gut, dass auf dem Parteitag Helmut Holters Antikommunismus in Form der DDR-Hetze nicht zum Tragen kam: Die darauffolgende Kritik der Basis, massiv, wie sie in unserer Landesparteiorgansation noch nie einen Funktionär in Wahlfunktionen getroffen hat, wurde zur Luftnummer umfunktioniert. Das ist nicht vergessen. Wer hat da die opportunistischen Strippen gezogen? Nun soll Helmut Holter Ministerpräsident werden. Der »Stern« hatte ihn ausdrücklich danach gefragt: »Was muss die Linke tun, um an die Regierung zu kommen?« H. Holter: »... Sie muss sich glaubhaft und deutlich zu ihrer Geschichte positionieren und das, was das SED-Regime ausgemacht hat, klar verurteilen: Terror, Mord, Repression.« Das war eine Koalitionsaussage auf breiter antikommunistischer Basis. Ich denke, die meisten GenossInnen halten es immer noch mit Thomas Mann: »Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.« Und diese Torheit ist nicht zu tolerieren.

Karl Scheffsky, Schwerin

... und eine Erwiderung

Alter Wein in alten Schläuchen

Scheinbar eine nicht endende Debatte, und das ist gut so. Wenn auch nicht in dem Sinne gut, wie ihn Genosse Scheffsky in die Debatte einbringt.
Doch eine Bemerkung vorweg sei mir gestattet. »Strippen ziehen« oder führen? Peter Ritter hat lange Jahre unseren Landesverband geführt. Wir waren in ruhigem Fahrwasser, haben gemeinsam unsere Fehler gemacht und haben gemeinsam gearbeitet. Klar, wenn man im Grunde gegen eine Regierungsbeteiligung ist und nur auf die Fehler wartet, ist man nicht traurig, wenn sie da sind. Ob dies für die Arbeit unserer Partei zielführend ist, wage ich zu bezweifeln. So hat Peter Ritter aus meiner Sicht ruhig einen Landesverband geführt und hat für seine Positionen Mehrheiten auf den demokratisch gewählten Landesparteitagen gewinnen können. Das gilt es in einer demokratischen Partei zur Kenntnis zu nehmen. Nicht immer zählt man dabei zu den »Gewinnern«. Auch ich musste diese Erfahrung sammeln. Jedoch habe ich lernen müssen, derlei Entscheidungen zu akzeptieren und sie trotzdem positiv umzusetzen.
Aber nun geht es wieder um den Antikommunismus von Helmut Holter. Ehrlich gesagt, fällt es mir schwer die Aktualität dieser Debatte zum jetzigen Zeitpunkt nachzuvollziehen. Wir haben im »Offenen Blatt« viermal dazu Beiträge veröffentlicht. Ich selbst habe damals als Kreisvorsitzender zweimal dazu geschrieben. Auch über die Diskussion mit Helmut in der Stadtteilorganisation Krebsförden wurde berichtet. Einen weiteren Bericht von einer Diskussion in einer Basisgruppe gab es im OB. Die Auseinandersetzung mit Helmut Holter war dabei alles andere als unkritisch, das hat Genosse Scheffsky trefflich beschrieben. Aber sollte eine Debatte nicht in erster Linie zielführend sein?
Bleibt die Frage, warum diese Debatte gerade jetzt geführt wird. Zu einem Zeitpunkt wo ein Landesparteitag als demokratisch gewähltes Gremium entschieden hat, dass Helmut Holter unseren Landesverband in den Wahlkampf 2011 führen soll? Die Antwort auf diese Frage kenne ich nicht. Sie interessiert mich aber auch nicht, denn in unserer Partei stehen wir vor anderen Aufgaben als alten Wein in alte Schläuche zu füllen. Vor Ort, bei Aktionen auf der Straße, bei den Stadtteilfesten, in den Parlamenten, da hat unsere Partei genug zu tun. Und sie hat einen Wahlkampf vorzubereiten.
Ich denke, auch Genosse Helmut Holter hat im Ergebnis der innerparteilichen Auseinandersetzung an dieser Stelle gelernt. Dementsprechend sollte die Debatte um die Person Helmut Holter nun auch beendet werden.

Peter Brill
stellv. Kreisvorsitzender

PS: Über die zeitliche Einordnung des Begriffes Epoche kann man sicher trefflich streiten, und der Antikommunismus ist egal in welcher Epoche sicher eine Grundtorheit. Für mich gibt es eine weitere Grundtorheit, die von Krieg und Gewalt. Und da bin ich in dieser Partei, in der LINKEN, genau richtig.

Antrag Zeitzeugen unserer Geschichte

Wir, die Genossin Erika Sembritzki und ich haben einen Antrag für die Stadtvertretung erarbeitet und eingebracht, der den Schulen hilft Geschichte mit Gesichtern zu verbinden. Dazu beantragten wir, dass die Stadtvertretung das Seniorenbüro beim Aufbau entsprechender Strukturen unterstützen soll. Wir wollten, dass politisch interessierte Menschen aus den Parteien über das Seniorenbüro in Schulklassen gehen, um aus ihrem Leben zu erzählen und dieses Leben im Zusammenhang mit Ereignissen der Geschichte zu bringen. Ein wichtiges Datum für mich ist zum Beispiel der 17. Juni 1953 oder der 13. August 1961. Gerade zum 17. Juni kursieren viele Unwahrheiten. So wird bei der heutigen Berichterstattung immer verschwiegen, dass die Gründe für die Proteste der Arbeiter am 11. Juni zurückgenommen wurden, also am 17. Juni gar nicht mehr relevant waren.
Wir möchten, dass die Stadtvertretung alle Senioren der Stadt aufrufen, dem Seniorenbüro zu helfen diesen Zeitzeugenpool wieder aufzubauen.
Wir möchten, dass die Stadtverwaltung dem Seniorenbüro hilft und die Schulen über dieses Angebot informiert.
Wir möchten, dass unsere älteren Mitbürger erfahren, dass die Gesellschaft und die jungen Menschen sie brauchen.
In der Antragsbegründung erklärten wir, dass wir mit den Opfern des faschistischen Terrors an Schulen gute Erfahrungen gemacht haben und diese bei den Jugendlichen einen tiefen Eindruck hinterlassen haben, aber dass diese Generation nicht mehr zur Verfügung steht.
Frau Gajek (B90/Die Grünen) störte sich an den Worten »faschistischer Terror« in unserer Begründung. Es kann sein, dass Frau Gajek nicht weiß, dass die Begriffe Rechtsextremismus und Nationalsozialismus in der Politikwissenschaft nicht definiert sind, weil sie nur den Faschismus verharmlosen.
Leider sahen sich auch die Stadtvertreter der CDU nicht in der Lage, den Antrag zu beschließen. Nun wird der Antrag in den Ausschüssen vor der Beschlussfassung beraten.

Michael Strähnz

Herzliche Glückwünsche



Die Basisorganisation 605 gratuliert nachträglich der Genossin Steffi Lehmann zum 44., dem Genossen Kurt Wadepfuhl zum 85., Genossen Jan Templin zum 30., Genossen Michael Strähnz zum 50. und der Genossin Antje Feldmann zum 44. Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute.
Die Genossin Inge Stannies wird am 29. 7. ihren 74. und die Genossin Eva Schneider am 1. 8. ihren 83. Geburtstag feiern. Auch ihnen wünscht die BO 605 alles Gute, vor allem Gesundheit.
Die Basisorganisation 621 gratuliert ganz herzlich Genossinn Brunhilde Bunge nachträglich zum 83. Geburtstag, den sie am 10. 6. beging. Recht herzliche Glückwünsche zum 85. Geburtstag erhält Genosse Siegfried Legath von von den Genossinnen und Genossen seiner Basisorganisation.
Am 27. 6. wird Genossinn Ingeborg Blank 88. Jahre. Die Basisgruppe 330 gratuliert ganz herzlich und wünscht Gesundheit und Wohergehen.
Die Stadtteilorganisation Krebsförden gratuliert nachträglich Genossen Henning Foerster zum 35. Geburtstag, den er am 15. Juni beging. Glückwünsche zum 68. Geburtstag erhält Genosse Klaus Marksteiner am 30. 6. Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 308 gratulieren ganz herzlich Genossen Horst Brill nachträglich zum 80. Geburtstag, den er am 17. 6. beging. Am 15. 7. begeht Genosse Günter Moritz seinen 80. Geburtstag. Dazu die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlergehen von den Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Friedrichsthal.
Am 22. Juni beging Genosse Hans Bruhns seinen 80. Geburtstag. Dazu die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlergehen von den Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 126 in der Weststadt. Genosse Alfred Heinze feiert am 3. Juli seinen 74. Geburtstag. Die aller herzlichen Glückwünsche von seiner Basisgruppe 321 vom Großen Dreesch.

Die nächste Ausgabe erscheint am **20. August 2010**

DIE LINKE. Schwerin - Kreisgeschäftsstelle
Martinstraße 1/1a – 19053 Schwerin
Tel.: 0385 / 7587454

Von der Leyen nicht auf den Leim gehen!

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE lehnt das Konzept der sogenannten Bürgerarbeit ab

Ein Gespräch mit SABINE ZIMMERMANN in junge Welt

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will mit sogenannter Bürgerarbeit schwer vermittelbare Erwerbslose in Arbeit bringen und denkt dabei an »gemeinnützige« Tätigkeiten wie das Säubern von Straßen und Parks. Warum nennen Sie das Modell eine »Mogelpackung«?

Das Bürgerarbeitsprogramm der Bundesregierung hört sich gut an. Dahinter steht jedoch die Ansicht: »Keine staatliche Leistung ohne Gegenleistung«. Diese hat ihre Wurzeln im amerikanischen Konzept des »Workfare«. In einzelnen US-Bundestaaten gab es Sozialleistungen nur unter der Bedingung der Arbeitsaufnahme. Was an diesem Arbeitszwang bürgerfreundlich sein soll, kann ich nicht erkennen.

Von der Leyens Ansatz »Bürgerarbeit statt Hartz IV« klingt ja eigentlich vielversprechend. Wieso aber führt dieser Spruch aus Ihrer Sicht in die Irre?

Von der Leyen versucht hier, einen Gegensatz zu konstruieren, den es gar nicht gibt. Denn die Bürgerarbeit ist letzten Endes nichts anderes als Zwangsarbeit zu Niedriglöhnen. Die Erwerbslosen sind gezwungen, jede »Bürgerarbeit« anzunehmen, ansonsten drohen Sanktionen. Das demütigende Hartz-System wird vielleicht sprachlich schöner verpackt, aber nicht abgeschafft.
Wir als Partei DIE LINKE fordern gute öffentlich geförderte Beschäftigung. Zentral ist für uns dabei, dass die Arbeitsaufnahme freiwillig geschieht, dass keine regulären Arbeitsplätze verdrängt werden und sich die Entgelte am Tarif orientieren mit der Untergrenze eines gesetzlichen Mindestlohns.

Für »Bürgerarbeit« soll es 900 Euro brutto bei 30 Stunden Wochenarbeitszeit geben. Was bliebe da am Monatsende übrig?
Das hängt von der Familiensituation ab. Klar ist aber auf jeden Fall, dass es ein Armutslohn ist. Nach dem Mindestlohnrechner des DGB liegt der Stundenlohn dabei bei unter sieben Euro. Die Bundesregierung hat es uns gegenüber amtlich gemacht: Ein Single verdient mit der Bürgerarbeit so wenig, dass er weiterhin auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist.

Von der Leyen will glauben machen, »Bürgerarbeit« sei ein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt, und verweist auf Erfolge in Sachsen-Anhalt, wo das Konzept seit vier Jahren erprobt wird. Wie waren dort die Erfahrungen?

Von den Befürwortern werden die Pilotprojekte in den Himmel gelobt, vor allem in der Kleinstadt Bad Schmiedeberg. Dabei sind auch dort nicht mehr Erwerbslose in reguläre Jobs gekommen als in vergleichbaren Regionen.
Aus einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium geht allerdings hervor: Der Druck auf die Erwerbslosen wurde deutlich erhöht, mehr als ein Fünftel der Betroffenen meldete sich aus dem Leistungsbezug ab. Sie erhalten kein Geld mehr, und die Arbeitsmarktstatistik sieht besser aus.

So gesehen, könnte sich das Modell immerhin für den Staat rechnen. Ist das vielleicht der Grund, warum es so hoch im Kurs steht?

Das ist vielleicht ein Grund. Ich sehe die Gefahr, dass mit solchen Maßnahmen das Lohnniveau nach unten gedrückt wird und reguläre Arbeitsplätze vernichtet werden. Wir kennen das ja schon von den Ein-Euro-Jobs.

Ihre Kritik an der »Bürgerarbeit « klingt ziemlich vernichtend. Wie kommt es dann, dass das Modell in Teilen der LINKEN durchaus begrüßt und beispielsweise von der Linksfraktion im Thüringer Landtag als »wirkliche Alternative zu Ein- Euro-Jobs« gelobt wird?

Ich glaube nicht, dass dies die mehrheitliche Auffassung in der Partei ist. Wir Linke wären falsch beraten, uns irgendwie positiv auf die Bürgerarbeit zu beziehen. Wir haben unsere eigenen Vorstellungen von guter, öffentlich geförderter Beschäftigung und sollten Frau von der Leyen nicht auf den Leim gehen.

Für »Bürgerarbeit« sollen angeblich nur »marktferne« Tätigkeiten in Frage kommen, die keine regulären Jobs verdrängen. Erfüllen die Beispiele von von der Leyens dieses Kriterium?

Bei den Ein-Euro-Jobs wurde das ja auch schon behauptet, die Realität sieht anders aus. Würde es die Arbeitsministerin ernst meinen, müsste sie vor Ort Beiräte einrichten, in denen unter anderem Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen sitzen, die entscheiden, ob die neuen Arbeitsplätze tatsächlich zusätzlich sind. Das ist aber nicht vorgesehen.

Interview: *Ralf Wurzbacher*
junge Welt, 3. Juni 2010

VORINFORMATION

Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung

Liebe Genossinnen und Genossen,
am 12. September 2010 um 10.00 Uhr findet auf dem Ehrenfriedhof auf dem Platz der Opfer des Faschismus eine Gedenkfeier zum Tag der Opfer des Hitler-Faschismus statt.
Bitte notiert Euch diesen Tag im Kalender.
Bringt Blumen mit!

VVN-BdA
Mecklenburg-Vorpommern e.V
Gruppe Westmecklenburg-Schwerin
Michael Strähnz, Vorsitzender

Leistet Widerstand!

Arbeitslose, wenn sie Euch jetzt durch neue kommunale Zwangsarbeitsdienste den Rest an Menschenwürde nehmen wollen, den sie Euch noch gelassen haben, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Hartz IV-Empfänger, wenn sie euch nicht mehr Rentenversichern, weil sie der Auffassung sind, dass ihr ohnehin nicht so alt werden braucht, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Eltern, wenn sie euch die Unterstützung für die Kindererziehung nehmen wollen, weil sie statt in die Zukunft eurer Kinder in die Zukunft systemrelevanter Banken und Unternehmen investieren, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Wohngeldempfänger, wenn sie euch den Heizkostenzuschuss streichen, weil sie meinen, dass es in Deutschland durch die Klimakatastrophe und längere AKW-Laufzeiten warm genug ist, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Familien, wenn sie euch weismachen, dass ihr auch aus eigenem Verschulden als Leistungsempfänger bei den Tafeln euer Essen kaufen müsst, während die sogenannten Leistungsträger an den anderen Tafeln tafeln können, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Kinder, wenn sie euren Eltern jetzt auch das Elterngeld von Hartz IV nehmen, obwohl sie wissen, dass über 1,3 Millionen Kinder in Deutschland von Armut betroffen sind, und sie euch vorlügen, dass ihr trotzdem die gleichen Chancen wie andere Kinder habt, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Alleinerziehende Mütter, wenn ihr tagsüber mit euren Kindern durch die Innenstädte irrt, damit euch zuhause nicht die Decke auf den Kopf fällt, ihr von den letzten zwei Euro vierzig eurem Kleinkind ein Gebäckstück beim Bäcker kauft, und abends dann im Fernsehen hört, dass Deutschland ein Kinder- und Familienfreundliches Land ist, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Deutsche, wenn sie euch wieder einmal demagogisch vorgaukeln, dass an der Krise nicht das herrschende Profitsystem von Banken und Unternehmen schuld ist, sondern eure ausländischen Nachbarn, denen es oft noch schlechter geht als euch, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Bürgerinnen und Bürger, wenn sie euch immer wieder predigen, dass ihr über eure Verhältnisse gelebt habt, obgleich ihr genau wisst, dass die herrschenden Verhältnisse andauernd von uns leben, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

(frei nach W. Borchert / einheiztextdienst)

Aktiver Widerstand gegen die Sparpläne der Bundesregierung ist nötig! Künstlerinnen und Künstler, Kulturschaffende und andere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Initiative www.unruhestiften.de in Deutschland leisten dazu ihren Beitrag: vor Ort bei Aktionen, mit ihrem künstlerischen und kulturellen Schaffen!

Wir rufen auf zur Beteiligung an den vom DGB geplanten Herbstaktionen!

Die gewerkschaftlichen Proteste werden sich rund um den vom europäischen Gewerkschaftsbund vorgeschlagenen europäischen Aktionstag am 29. September 2010 gruppieren. Nähere Informationen sind über die DGB-Geschäftsstellen zu erfragen.

Kontakt:
www.Unruhestiften.de _ c/o Werner Lutz,
Tel. 09131/404671

WORKCAMP in der Gedenkstätte des KZ Wöbbelin

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
die AG Junge Genossinnen und Genossen e.V. Schwerin führt in der Zeit vom 17. bis 25. Juli 2010 ihr Workcamp in der Gedenkstätte des KZ Wöbbelin durch. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 50,00 Euro. Wer Interesse an einer Teilnahme hat, melde sich bitte bei der AG JG unter

Mandy Schmidt
Pedsi@AG-JG-Schwerin.de

Mit antifaschistischen Grüßen
Michael Strähnz
VVN/BdA Westmecklenburg-Schwerin